Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1922

Nr. 8

ausgegeben am 24. Januar 1922

Übereinkommen zwischen der Fürstlich Liechtensteinischen Regierung und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum Liechtenstein durch die schweizerische Postverwaltung und schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung

Seine Durchlaucht,
der regierende Fürst von Liechtenstein
und
der Schweizerische Bundesrat,

im Geiste altnachbarlicher Freundschaft,

haben beschlossen, zum Zwecke der Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum Liechtenstein durch die schweizerische Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung einen Vertrag abzuschliessen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Durchlaucht,
der regierende Fürst von Liechtenstein:
Herrn *Dr. jur. Emil Beck*,
Fürstlich Liechtensteinischer Geschäftsträger in der Schweiz,

der Schweizerische Bundesrat:

Herrn Bundespräsident *Dr. jur. Giuseppe Motta*,
Vorsteher des Eidgenössischen polit. Departements,

die, nachdem sie ihre Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden haben über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

1. Abschnitt Allgemeines

Art. 1

Vertragsgegenstand

Der Postdienst einschl. Postscheck- und Postsparkassendienst, sowie der Telegraphen- und Telephondienst im Fürstentum Liechtenstein werden auf Rechnung des Fürstentums durch die schweizerische Postverwaltung und die schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung besorgt.

Art. 2

Gültige Erlässe

Die schweizerischen Gesetze und Vorschriften über das Postwesen und das Telegraphen- und Telephonwesen, sowie die einschlägigen Verträge und Übereinkommen der Schweiz mit fremden Ländern gelten im Fürstentum Liechtenstein in gleicher Weise wie in der Schweiz.

Art. 3

Strafgerichtliche Zuständigkeit

1) Die Übertretungen der fiskalischen Bundesgesetze werden, soweit ihre gerichtliche Abwandlung erforderlich ist, in erster Instanz vom Fürstlichen Landgericht in Vaduz beurteilt.

2) Als Berufungsinstanz wird das st. gallische Kantonsgericht und als Kassationshof das schweizerische Bundesgericht in Lausanne bezeichnet.

Art. 4

Staatrechtl. Zeichen und Bezeichnungen

1) Die Post-, Telegraphen- und Telephonämter im Fürstentum Liechtenstein sind als Fürstlich Liechtensteinische zu bezeichnen, obwohl sie ausschliesslich der schweizerischen Postverwaltung und der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung unterstehen.

2) Soweit in Aufschriften, Stempeln und Amtssiegeln der Fürstlich Liechtensteinischen Post-, Telegraphen- und Telephonämter Wappen und Landesfarben vorkommen, sind die Fürstlich Liechtensteinischen anzuwenden.

3) Die im Fürstentum Liechtenstein beschäftigten Angestellten liechtensteinischer Staatsangehörigkeit haben, soweit sie zum Tragen einer Dienstmütze verpflichtet sind, darauf die liechtensteinische Kokarde anzubringen.

2. Abschnitt

Postwertzeichen, Taxen und Gebühren

Art. 5

Postwertzeichen

1) Die Fürstlich Liechtensteinische Regierung wird auf ihre Kosten eigene Postwertzeichen herstellen lassen, die in den dortigen Postämtern von der schweizerischen Postverwaltung nach den für die Schweiz geltenden Vorschriften ausgegeben und verwendet werden. Durch andere Stellen darf die Fürstlich Liechtensteinische Regierung ihre Postwertzeichen ausschliesslich nur für Sammelzwecke zum Verkaufe bringen.

2) Schweizerische Postwertzeichen dürfen nur dann im Fürstentum Liechtenstein verwendet und von den liechtensteinischen Postämtern ausgegeben werden, wenn augenblicklich keine liechtensteinischen Postwertzeichen zur Verfügung stehen. Der Wert der so verkauften Postwertzeichen ist dem Fürstentum Liechtenstein gutzuschreiben, abzüglich der Selbstkosten.

3) Die Postwertzeichen des einen Landes finden im andern Land den gleichen strafrechtlichen Schutz gegen Nachahmungen usw., wie die Postwertzeichen des eigenen Landes.

Art. 6*Steuern und Gebühren*

1) Für den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen der Schweiz und Liechtenstein finden die Steuern und Gebühren wie für den schweizerischen Inlandsverkehr Anwendung. Für den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr des Fürstentums Liechtenstein mit dem Ausland gelten die nämlichen Tarife wie für den schweizerischen Verkehr mit dem Ausland.

2) Das Recht auf Gebührenfreiheit im Fürstentum Liechtenstein richtet sich nach den gleichen Vorschriften, wie sie in der Schweiz gelten.

3. Abschnitt**Verhältnis der Beamten und Angestellten****Art. 7***Anstellung des Personals*

1) Die Beamten und Angestellten des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes in Liechtenstein werden von der schweizerischen Post- und der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung angestellt. Die Fürstlich Liechtensteinische Regierung hat für die Besetzung ständiger Stellen das Vorschlagsrecht. Ohne besondere dienstliche Gründe soll von ihren Vorschlägen nicht abgewichen werden.

2) Vorübergehend können im Fürstentum Liechtenstein, soweit es der Dienst erfordert, auch schweizerische Beamte und Angestellte verwendet werden.

Art. 8*Rechte und Pflichten des Personals*

1) Rechte und Pflichten der Beamten und Angestellten für den Post-, Telegraphen- und Telephondienst sind im Fürstentum Liechtenstein die gleichen wie in der Schweiz.

2) Die Behörden, Gerichte und Ortsvorsteher des Fürstentums Liechtenstein haben diesem Personal bei seinen Dienstverrichtungen den

nämlichen Beistand zu leisten wie die gleichartigen schweizerischen Behörden in der Schweiz.

3) Von jeder Untersuchung oder Aburteilung gegen liechtensteinisches Post-, Telegraphen- und Telephonpersonal ist von den dortigen Gerichten an die vorgesetzte Behörde des Beschuldigten in gleicher Weise Mitteilung zu machen, wie dies den schweizerischen Gerichten obliegt.

4. Abschnitt

Verkehrseinrichtungen

Art. 9

Änderungen im Bestand

Die Errichtung und Aufhebung von Post-, Telegraphen- und Telephonämtern, die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Postkursen, sowie von Telegraphen- und Telephonanlagen im Fürstentum Liechtenstein können nur im Einvernehmen mit der dortigen Regierung erfolgen. Die schweizerischen Verwaltungen werden daherige Wünsche der Liechtensteinischen Regierung nach Möglichkeit berücksichtigen, soweit es sich um Einrichtungen handelt, deren Kosten diese Regierung selbst zu tragen hat.

5. Abschnitt

Postscheck- und Postsparkassendienst

Art. 10

Besondere Postsparkasse

1) Bis zur Errichtung einer Postsparkasse in der Schweiz wird die schweizerische Postverwaltung einen besonderen Postsparkassendienst im Fürstentum Liechtenstein einrichten und hierfür bis zur Einführung einer schweizerischen Postsparkasse tunlichst die bisher im Fürstentum Liechtenstein geltenden Vorschriften, jedoch unter Zugrundelegung der Schweizerwährung, weiterbestehen lassen.

2) Dagegen befasst sich die schweizerische Postverwaltung nicht mit der Übernahme von Rechnungen und Guthaben liechtensteinischer Einwohner, die diese beim Postsparkassenamt in Wien besitzen.

Art. 11

Anlagegelder

Die aus dem Postscheck- und Postsparkassendienst im Fürstentum Liechtenstein fliessenden, zu Anlagen verwendbaren Gelder sind nach den gleichen Grundsätzen anzulegen wie die aus dem schweizerischen Postscheckverkehr stammenden Gelder. Art. 12 Abs. 2 hiernach bleibt vorbehalten.

6. Abschnitt

Eigentumsverhältnisse

Art. 12

Betriebsgelder

1) Die in den Kassen der Post-, Telegraphen- und Telephonämter des Fürstentums Liechtenstein liegenden Barmittel sind Eigentum der schweizerischen Verwaltungen.

2) Die zur Kassagebarung bei den Post-, Telegraphen- und Telephonämtern im Fürstentum Liechtenstein erforderliche Barschaft wird, soweit nötig, von der schweizerischen Post- und von der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung vorgeschossen. Die schweizerische Postverwaltung ist indessen berechtigt, für den Postbetrieb zunächst bis zu 20 % der Guthaben liechtensteinischer Inhaber von Postscheckrechnungen und Sparkassenbüchern zu verwenden.

Art. 13

Betriebsgegenstände

1) Das für den Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieb auf liechtensteinischem Gebiet nötige Bureau-Inventar und Fuhrwesenmaterial, ferner die dortigen Telegraphen- und Telephonanlagen sind Eigentum des Fürstentums Liechtenstein.

2) Die daherigen Neuanschaffungen und Neuerstellungen während der Dauer des Übereinkommens erfolgen auf Rechnung und zu Eigentum des Fürstentums Liechtenstein.

7. Abschnitt

Rechnungsaufstellung

Art. 14

Rechnungsstellung

1) Die Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben für den Postdienst einerseits und für den Telegraphen- und Telephondienst andererseits werden getrennt geführt.

2) Sie werden monatlich von den beteiligten schweizerischen Verwaltungen aufgestellt und im Auszug an die Fürstlich Liechtensteinische Regierung übermittelt, die innert Monatsfrist ihre Erklärung hierzu abgeben wird. Nachträge zu diesen Monatsrechnungen sind zulässig.

Art. 15

Ausgaben

1) Alle Ausgaben für den Post-, Telegraphen- und Telephondienst im Fürstentum Liechtenstein werden mit den tatsächlich verausgabten Beträgen in die Rechnungen eingestellt.

2) Die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung (Oberleitung, Beaufsichtigung des Dienstes, Prüfung der Rechnungen usw.), sowie für die unmittelbar zum Verbrauch bestimmten Bureaubedürfnisse (Formulare usw.) werden der Betriebsrechnung mit einem jährlichen Pauschbetrag belastet, der annähernd dem Aufwand für liechtensteinische Zwecke zu entsprechen hat.

Art. 16

Einnahmen

1) Die bei den liechtensteinischen Postämtern im Postverkehr eingehenden Taxen und Gebühren verbleiben ausschliesslich dem Fürstentum

Liechtenstein und sind daher der Betriebsrechnung mit ihrem ganzen Betrag gutzubringen. Die Tax- und Gebühreneinnahmen der schweizerischen Dienststellen dagegen verbleiben ausschliesslich der Schweiz und berühren demnach diese Rechnung in keiner Weise.

2) Die Einnahmen aus dem von der Fürstlich Liechtensteinischen Regierung besonderen Stellen übertragenen Verkauf liechtensteinischer Postwertzeichen zu Sammelzwecken werden ebenfalls nicht in diese Rechnung einbezogen.

3) Auch im Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen der Schweiz und Liechtenstein verbleiben die vereinnahmten Taxen und Gebühren dem Land, in dem sie eingehoben wurden.

Art. 17

Abrechnungen über den Verkehr mit Drittländern

1) Über den Postverkehr zwischen der Schweiz und dritten Ländern wird mit Liechtenstein nicht abgerechnet. Über den Postverkehr zwischen Liechtenstein und dritten Ländern wird mit Liechtenstein solange nicht abgerechnet, als der daherige Verkehr in beiden Richtungen ungefähr gleich ist.

2) Im Telegraphen- und Telephonverkehr Liechtensteins mit anderen Ländern erhält Liechtenstein den schweizerischen Gebührenanteil im Ausgangsverkehr. Im Eingangsverkehr nach Liechtenstein aus dritten Ländern behält die Schweiz die Endgebühr.

3) Im Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr wird beidseitig auf die Anrechnung von Durchgangsgebühren verzichtet.

Art. 18

Gewinn und Verlust

1) Die Einnahmen aus dem Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieb im Fürstentum Liechtenstein dienen zunächst zur Deckung der Betriebsausgaben. Ein Betriebsgewinn fällt der Fürstlich Liechtensteinischen Regierung zu. Ein Betriebsverlust ist von ihr zu decken. Sie wird ferner für die Kosten aller Bauten und Anschaffungen aufkommen, die nach dem Ermessen der schweizerischen Verwaltungen für den Post-, Telegraphen- und Telephondienst im Fürstentum Liechtenstein nötig werden. Für Bauten und grössere Anschaffungen ist jedoch die Zustimmung der Fürstlichen Regierung erforderlich.

2) Die schliessliche Forderung, die sich für die Schweiz oder für das Fürstentum Liechtenstein ergibt, ist spätestens innert 14 Tagen nach Anerkennung der Abrechnung in Schweizerwährung zu begleichen.

8. Abschnitt

Schlussbestimmungen

Art. 19

Ausführung des Übereinkommens

1) Das gegenwärtige Abkommen wird ratifiziert und tritt am Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es kann unter Einhaltung einer halbjährlichen Kündigungsfrist je auf den 1. Januar oder 1. Juli eines Kalenderjahres gekündigt werden.

2) Änderungen dieses Übereinkommens können in gegenseitigem Einvernehmen auch ohne förmliche Kündigung vereinbart werden.

3) Die schweizerische Postverwaltung und die schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung werden die nötigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Übereinkommen erlassen.

Art. 20

Streitfragen

Streitfragen, die sich auf die Auslegung des gegenwärtigen Übereinkommens beziehen, sollen, sofern sie nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, einem Schiedsgericht zur Beurteilung unterbreitet werden. Tritt dieser Fall ein, so wählt jede der vertragschliessenden Parteien einen Schiedsrichter. Wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Streitfrage nicht einigen können, so bestellen sie selbst einen Obmann.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen mit ihren Unterschriften und ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Bern, in doppelter Ausfertigung, am 10. November 1920.

Siegel

gez. *Beck*

Siegel

gez. *Motta*

**Anhang zum Übereinkommen zwischen der
Fürstlich Liechtensteinischen Regierung und dem
schweizerischen Bundesrat betr. die Besorgung des
Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im
Fürstentum Liechtenstein durch die schweizerische
Postverwaltung und die schweizerische
Telephonverwaltung**

**Note
vom 24. Januar 1921**

Das eidgenössische Politische Departement darf feststellen, dass zwischen der Fürstlich Liechtensteinischen Regierung und den schweizerischen Behörden, in Ansehung nachstehend aufgeführter Punkte, die die Ausführung des Übereinkommens vom 10. November 1920 über die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum Liechtenstein betreffen, völlige Übereinstimmung besteht.

Strafgerichtliche Zuständigkeit

Gemäss Art. 3 des Übereinkommens wird bei Übertretungen fiskalischer Bundesgesetze im Fürstentum Liechtenstein das st. gallische Kantonsgericht als Berufungsinstanz und das schweizerische Bundesgericht in Lausanne als Kassationshof bezeichnet. Bei Anwendung dieser Bestimmung wird sich das Verfahren nach den für die vorerwähnten gerichtlichen Instanzen bestehenden Prozessgesetzen richten.

Postwertzeichen

Gemäss Art. 5 Abs. 1 des Übereinkommens wird die Fürstliche Regierung auf ihre Kosten eigene Postwertzeichen herstellen lassen. Es herrscht Einverständnis darüber,

- a) dass die Fürstliche Regierung für Sammelzwecke nur Wertzeichen erstellen und herausgeben darf, wie solche für den Postverkehr bei den Fürstlichen Poststellen bestimmt sind. Die Fürstliche Regierung wird ferner keine andern Taxwerte herausgeben, als bei der schweizerischen Postverwaltung im Gebrauch sind. Es sollen auch nicht lediglich des Markenhandels wegen oft neue Postwertzeichen ausgegeben werden. Dagegen kann die Fürstliche Regierung sich darauf beschränken, statt alle von der schweizerischen Postverwaltung herausgegebenen Postwertzeichen nur jene aufzulegen, die zur Dienstabwicklung unerlässlich sind;
- b) dass die Abgabe der Postwertzeichen an Sammler, gestempelt oder ungestempelt, nur zum vollen Taxwert erfolgen darf;
- c) dass, im Falle die Wertzeichen für Sammelzwecke mit einem Poststempel versehen werden sollen, dies nur zu den gleichen Bedingungen geschehen darf, die hierfür in den schweizerischen Vorschriften aufgestellt sind. Die Markenverschleissstelle in Vaduz kann zum Zwecke der Abgabe gestempelter Wertzeichen an Sammler die Postwertzeichen beim Postamt Vaduz zur kostenlosen Abstempelung vorweisen; doch darf der ordentliche Dienstgang dadurch nicht gestört werden. Die Fürstliche Regierung wird dafür Sorge tragen, dass keine missbräuchliche Verwendung dieser Postwertzeichen stattfindet.

Niederlassungsbewilligung und Steuerpflicht

Im Art. 7 Abs. 2 des Übereinkommens ist vorgesehen, dass schweizerische Beamte und Angestellte nur vorübergehend, und soweit es der Dienst erfordert, im Fürstentum verwendet werden sollen. Schweizerische Beamte und Angestellte kommen daher im Fürstentum nur für Ablösungen, Stellvertretungen und provisorische Stellenbesorgungen in Betracht. Sie werden also dort, wenn überhaupt, nur für kurze Zeit Aufenthalt nehmen. Hierfür bedürfen sie im Fürstentum keiner Niederlassungsbewilligung und sind auch für die Zeit ihres dortigen Aufenthaltes nicht steuerpflichtig.

Rechte und Pflichten

Laut Art. 8 Abs. 1 werden die Rechte und Pflichten der Beamten und Angestellten im Fürstentum die gleichen sein wie in der Schweiz. Indes-

sen sollen die liechtensteinischen Beamten und Angestellten nicht in die Versicherungskasse der Bundesbeamten und -angestellten aufgenommen werden, da für das Fürstentum eine Beitragspflicht zur Deckung des Defizits dieser Versicherungskasse nicht besteht. Den liechtensteinischen Beamten und Angestellten werden die gleichen Abzüge vom Gehalt gemacht, wie den schweizerischen für die Versicherungskasse. Die Abzüge der liechtensteinischen Beamten werden jedoch der Fürstlichen Regierung ausgefolgt, die für entsprechende Rücktrittsgehälter dieser Beamten und Angestellten aufkommt.

Deckung der schuldigen Beträge

Zur Frage der Deckung bedeutender Beträge, die das Fürstentum der Schweiz aus dem Postbetrieb schuldig werden könnte, ist zu bemerken, dass die in die Kassen der liechtensteinischen Postämter fließenden Einnahmen in den Händen der schweizerischen Verwaltungen sind und dass vorkommende Passivsaldi monatlich ausgeglichen werden müssen. Überdies könnte die Schweiz auf das Guthaben Liechtensteins aus einem evtl. künftigen Zollvertrag greifen.

Disziplinarische Unterstellung

In Art. 1 ist gesagt, dass die schweizerische Postverwaltung und die schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum übernehmen. Art. 4 Abs. 1 bestimmt ausdrücklich, dass die Post-, Telegraphen- und Telephonämter im Fürstentum den schweizerischen Verwaltungen unterstehen. Laut Art. 7 Abs. 1 werden sodann die Beamten und Angestellten des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum durch die schweizerischen Verwaltungen gewählt. Hieraus ergibt sich, dass die Beamten und Angestellten disziplinarisch ausschliesslich den schweizerischen Verwaltungen unterstellt sind.

Ausführungsbestimmungen zum Übereinkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum Liechtenstein

Gestützt auf Art. 19 Ziff. 3 des Übereinkommens zwischen dem schweizerischen Bundesrat und der Fürstlich Liechtensteinischen Regierung betr. die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum Liechtenstein durch die Schweiz, vom 10. November 1920, erlassen die schweizerische Postverwaltung und die schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung dazu folgende Ausführungsbestimmungen:

A. Postdienst

I. Betrieb

§ 1

Betriebsübernahme

Aufgrund des vorerwähnten Übereinkommens übernimmt die schweizerische Postverwaltung am 1. Februar 1921 den Postbetrieb im Fürstentum Liechtenstein. Bis zur Feststellung des daherigen Verkehrsumfanges werden die liechtensteinischen Poststellen im bisherigen Rang belassen.

§ 2

Betriebsleitung

1) Die Betriebsleitung wird der Kreispostdirektion St. Gallen übertragen. Diese holt jedoch in allen wichtigen Fragen vorerst die Weisungen der Oberpostdirektion ein.

2) Die liechtensteinischen Poststellen werden dem Postkreis St. Gallen zugeteilt. Im allgemeinen unterstehen sie für die Rechnungsablage der Kreispostkontrolle in St. Gallen. Für den internationalen Postanwendungsdienst unterstehen sie jedoch der Oberpostkontrolle in Bern und

für den Postscheck- und Postsparkassendienst dem Postscheckinspektorat in Bern.

3) Die Postscheckrechnungen der Firmen und Personen in Liechtenstein, sowie die Sparkonten der Einleger in die Postsparkasse, sofern für erstere nicht etwa besondere Wünsche vorliegen, werden durch das Postscheckbureau in St. Gallen geführt. Für die Taxberechnung der Pakete über 15 kg gehören die Poststellen in Liechtenstein zur schweizerischen Taxgruppe 27, Sargans.

4) Die Poststellen in Liechtenstein werden in gleicher Weise und nach den nämlichen Vorschriften inspiziert wie die Poststellen in der Schweiz. Die daherigen Kosten gehen zu Lasten der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung, gemäss Art. 15 Ziff. 2 des Übereinkommens.

§ 3

Betriebsmittel

1) Die Kreispostdirektion St. Gallen liefert den Poststellen im Fürstentum Liechtenstein die unmittelbar zum Verbrauch nötigen Bureaubedürfnisse, sowie die erforderlichen schweizerischen Dienstvorschriften und die nötigen Betriebsformulare nach Massgabe der für den schweizerischen Postdienst geltenden Vorschriften (Art. 15 Ziff. 2, des Übereinkommens). Erstmals erfolgt die Lieferung der nötigen Betriebsmittel an die liechtensteinischen Poststellen ohne besondere Bestellung.

2) Über das von Liechtenstein zu übernehmende Bureauaterial und das Fuhrwesenmaterial ist gemäss den schweizerischen Dienstvorschriften ein Inventar aufzunehmen. Diese Inventargegenstände sind nach Bedürfnis auf Rechnung von Liechtenstein zu ergänzen (Art. 13 Ziff. 2, des Übereinkommens).

3) Die erstmalige Zuweisung der nötigen Barmittel findet im Sinne eines Vorschusses in Schweizergeld statt (Art. 12 Ziff. 2, des Übereinkommens). Die liechtensteinischen Poststellen belasten sich damit in ihrem an die Kreispostkontrolle in St. Gallen einzusendenden Monatsabschluss und vollziehen den Ausgleich des Vorschusses mittels Postanweisung.

4) Über die Besorgung des Postsparkassendienstes erhalten die liechtensteinischen Poststellen Weisung in Form einer besonderen Anleitung.

5) Für die Frankierung der Briefe nach den Orten im Grenzkreis (30 km) mit Vorarlberg geht den liechtensteinischen Poststellen ein besonderes Verzeichnis zu.

II. Personal

§ 4

Anstellungsverhältnisse

1) Die Anstellung und Entlassung des Personals erfolgt unter den Vorbehalten in Art. 7 des Übereinkommens, nach den für das schweizerische Personal geltenden Grundsätzen. Immerhin sind vorläufig dem liechtensteinischen Postpersonal die bisherigen Bezüge auszurichten, bis neue Anträge der liechtensteinischen Regierung vorliegen.

2) Die Auszahlung des Gehaltes finden am 25. jeden Monats in Schweizergeld auf Anordnung der Kreispostdirektion St. Gallen statt. Für die mit der Post vereinigten Telegraphen- und Telephonämter erfolgt die Auszahlung auf Rechnung der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung durch die schweizerische Postverwaltung.

§ 5

Dienstkleidung

Die bisherigen liechtensteinischen Postangestellten erhalten künftig gegen Kostenanrechnung an Liechtenstein die gleiche Uniform wie die Postbureaudiener in der Schweiz. Auf der Dienstmütze haben sie gemäss Art. 4 Ziff. 3, des Übereinkommens unter dem Posthorn die liechtensteinische Kokarde anzubringen.

III. Postwertzeichen und Portofreiheit

§ 6

Postwertzeichen

1) Die liechtensteinischen Postwertzeichen (Art. 5 Ziff. 1, des Übereinkommens) werden in den gleichen Taxwerten hergestellt, wie die schweizerischen. Die liechtensteinische Regierung liefert sie unmittelbar an das Wertzeichenbureau in St. Gallen ab.

2) Die Abgabe der Postwertzeichen an die liechtensteinischen Poststellen erfolgt durch das Wertzeichenbureau in St. Gallen mit Lieferschein (Form. Nr. 300). Letzteres erstellt monatlich einen an die Kreispostkontrolle in St. Gallen einzusendenden Ausweis (Form. Nr. 306a),

woraus die Lieferungen der Liechtensteinischen Regierung in Vaduz einerseits und jene an die liechtensteinischen Poststellen andererseits ersichtlich sein sollen.

3) Ende Monats erstellen die liechtensteinischen Poststellen einen Wertzeichenausweis (Form. Nr. 311) und senden ihn an das Wertzeichenbureau in St. Gallen. Nach erfolgter Prüfung übermittelt dieses die eingegangenen Wertzeichenausweise an die Kreispostkontrolle in St. Gallen. Letztere ermittelt den Gesamterlös aller im abgelaufenen Monat von den liechtensteinischen Poststellen verkauften Postwertzeichen und bucht diesen Gesamtbetrag als Einnahme der Liechtensteinischen Regierung in der Monatsrechnung (Art. 14 Ziff. 2, des Übereinkommens).

4) Der Verkauf der unabgestempelten liechtensteinischen Postwertzeichen an Sammler erfolgt unmittelbar durch die von der Liechtensteinischen Regierung eingesetzte Markenverschleissstelle in Vaduz. Die dahe- rigen Einnahmen erscheinen nicht in der Abrechnung über die allge- meinen Posteinnahmen (Art. 16 Ziff. 2, des Übereinkommens). Es ist Sache der Liechtensteinischen Regierung, dafür zu sorgen, dass bei der Erstel- lung der liechtensteinischen Postwertzeichen und bei deren Verkauf an Sammler keine Missbräuche getrieben werden.

§ 7

Portofreiheit

Als Behörden und sonstige öffentliche Organe im Fürstentum Liechtenstein, die gemäss Art. 6 Ziff. 2, des Übereinkommens Gebührenfreiheit im Briefverkehr geniessen, solange dies nach dem schweizerischen Postgesetz zulässig ist, gelten:

- a) der Landtag, die Landesregierung und die übrigen liechtensteinischen Oberbehörden für den in Amtssachen ausgehenden Briefverkehr an Amtsstellen und Private in Liechtenstein;
- b) die Gemeindebehörden, Pfarrämter und Kirchenvorstände für den amtlichen Briefverkehr unter sich und mit den liechtensteinischen Oberbehörden;
- c) die Post-, Telegraphen-, Telephon- und Zollstellen für den Verkehr in dienstlichen Angelegenheiten unter sich und mit den vorgesetzten Behörden.

IV. Kassen- und Rechnungswesen

§ 8

Allgemeines

1) Für das Kassen- und Rechnungswesen gelten gemäss Art. 2 des Übereinkommens im allgemeinen die Vorschriften für die schweizerischen Poststellen, wie sie in der Betriebsanleitung und in der Anleitung für die Kreispostkontrollen enthalten sind.

2) Die liechtensteinischen Postämter werden vom Tage des Inkrafttretens des Übereinkommens an von der Preispostkontrolle in St. Gallen in allen Rechnungsangelegenheiten wie die schweizerischen Poststellen dieses Kreises behandelt.

3) Die Kreispostkontrolle in St. Gallen wacht über die richtige Verrechnung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben der liechtensteinischen Poststellen. Diese letzteren erscheinen rubrikenweise in alphabetischer Reihenfolge am Schluss aller Rechnungen und Hauptbelege.

4) Die Ablieferung überschüssiger Gelder, sowie der Bezug von Barvorschüssen geht ausschliesslich durch das Postbureau Buchs-Bahnhof.

§ 9

Monatliche Abrechnung

1) Die Kreispostkontrolle in St. Gallen liefert der Oberpostkontrolle in Bern monatlich in der Reihenfolge der Betriebsrechnung eine besondere Aufstellung über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der liechtensteinischen Poststellen (Art. 14 Ziff. 2, des Übereinkommens). Sie wird darin im Dezember jedes Jahres auch den später festzusetzenden Pauschbetrag berücksichtigen, der für die in Art. 15 Ziff. 2, des Übereinkommens genannten Obliegenheiten der Schweiz in Betracht fällt.

2) Die Oberpostkontrolle in Bern prüft diese Aufstellung und fertigt darauf eine Abrechnung in zwei Exemplaren aus, die sie der liechtensteinischen Regierung in Vaduz zur Prüfung und Anerkennung unterbreitet (Art. 14 Ziff 2, des Übereinkommens).

3) Nach Anerkennung durch die liechtensteinische Regierung in Vaduz sind Forderungen der Schweiz innert 14 Tagen (Art. 18 Ziff 2, des Übereinkommens) durch Scheck oder durch eine Überweisung auf die schweizerische Nationalbank, Departement II, in Bern, Forderungen

Liechtensteins dagegen bei der Landeskasse innerhalb der nämlichen Frist zu begleichen.

4) Die Abrechnungen und Saldierungen erfolgen auf Grundlage des Schweizerfrankens.

5) Es bleibt den vertragschliessenden Parteien vorbehalten, die monatliche Saldiabrechnung im beidseitigen schriftlichen Einverständnis durch eine vierteljährliche Abrechnung zu ersetzen.

§ 10

Transitkosten

Bezüglich der Berechnung der Transitkosten gelten für die im Fürstentum Liechtenstein aufgegebenen Briefsendungen die nämlichen Ansätze und Bestimmungen, wie für die Briefpost aus der Schweiz.

B. Telegraphen- und Telephondienst

I. Betrieb

§ 1

Betriebsübernahme

Aufgrund des vorerwähnten Übereinkommens übernimmt die schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung am 1. Februar 1921 den Telegraphen- und Telephonbetrieb im Fürstentum Liechtenstein.

§ 2

Betriebsleitung

1) Die Betriebsleitung wird der Kreistelegraphendirektion St. Gallen übertragen. Diese holt jedoch in allen wichtigen Fragen vorerst die Weisungen der Obertelegraphendirektion ein.

2) Der Baudienst und das Rechnungswesen werden dem Telephonbureau Ragaz zugeteilt.

§ 3

Betriebsmittel

Die Kreistelegraphendirektion St. Gallen liefert den Betriebsstellen im Fürstentum Liechtenstein die Betriebsvorschriften und die Betriebsformulare, das Telephonbureau Ragaz die nötigen Materialvorräte und Werkzeuge.

II. Personal

§ 4

Anstellungsverhältnis

1) Die Anstellung und Entlassung des Personals erfolgt unter den Vorbehalten des Art. 7 des Übereinkommens nach den für das schweizerische Personal geltenden Grundsätzen. Immerhin sind dem liechtensteinischen Personal die bisherigen Bezüge auszurichten, bis neue Anträge der liechtensteinischen Regierung vorliegen.

2) Die Auszahlungen der Besoldungen findet jeden Monat in Schweizergeld statt. Für die mit der Post vereinigten Telegraphen- und Telephonämter geschieht die Auszahlung auf Rechnung der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung durch die schweizerische Postverwaltung.

III. Rechnungsführung

§ 5

Rechnungsaufstellung

1) Über die Telegraphen- und Telephoneinnahmen der Dienststellen im Fürstentum Liechtenstein und über die Ausgaben der schweizerischen Verwaltung, die zu Lasten der liechtensteinischen Regierung fallen, wird eine besondere Rechnung geführt.

2) Der Rechnung werden gutgeschrieben:

Die vollen Telegraphen- und Telephoneinnahmen der Dienststellen im Fürstentum Liechtenstein.

3) Der Rechnung werden belastet:

- a) Die Taxanteile, welche die schweizerische Verwaltung für den Ausgangsverkehr Liechtensteins an dritte Länder zu bezahlen hat;
- b) die Besoldungen und Entschädigungen des Betriebspersonals der Telegraphen- und Telephonämter im Fürstentum Liechtenstein mit den tatsächlich verausgabten Beträgen;
- c) die Ausgaben für Mietzinse, Bureaukosten und Mobiliar, sowie die Aufwendungen für Diensträume;
- d) die Ausgaben für das mit dem Bau und Unterhalt der Telegraphen- und Telephonanlagen im Fürstentum Liechtenstein beschäftigte Personal, mit den für die Kostenrechnungen der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung jeweils gültigen Ansätzen für Stundenlöhne und mit den Auslagen für Tages- und Nachtzulagen und für Fahrten;
- e) die Kosten des für den Bau und Unterhalt der Telegraphen- und Telephonanlagen im Fürstentum Liechtenstein verwendeten Materials, unter Anrechnung der Kostenrechnungspreise der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung und der Materialtransportkosten vom Verwaltungsmagazin oder vom Stangenlager an den Ort der Verwendung;
- f) Die beim Bau und Unterhalt der Telegraphen- und Telephonanlagen im Fürstentum Liechtenstein entstehenden weiteren Auslagen, wie z.B. Entschädigungen für die Inanspruchnahme von Privateigentum, für das Ausästen von Bäumen, für Kulturschaden, Mietzinse für vorübergehende Materiallagerung usw.;
- g) die in Art. 15 des Übereinkommens vom 10. November 1920 erwähnten Ausgaben für die allgemeine Verwaltung, mit einem jährlichen Betrag, der annähernd dem Aufwand für liechtensteinische Zwecke entspricht.

§ 6

Monatliche Abrechnung

1) Die Rechnung wird allmonatlich aufgestellt und in zwei Ausfertigungen der liechtensteinischen Regierung in Vaduz zur Prüfung und Anerkennung zugesandt.

2) Nach Anerkennung durch die liechtensteinische Regierung wird eine allfällige Forderung Liechtensteins innert 14 Tagen an die Landeskasse in Vaduz ausbezahlt, während ein allfälliges Guthaben der Schweiz innerhalb der nämlichen Frist an die schweizerische Nationalbank in

Bern zugunsten der schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung zu bezahlen ist.

3) Die Abrechnungen und Saldierungen erfolgen in Schweizerfranken.

4) Vorstehendes, mit Zustimmung des Landtages getroffene Übereinkommen wird hiermit kundgemacht.

Vaduz, am 3. November 1921

Fürstliche Regierung:

gez. *Ospelt*

Fürstlicher Regierungschef